SPD und Grüne unsolidarisch mit der Türkei

SPD und Grüne unsolidarisch mit der Türkei

Unsere Solidarität muss eine Selbstverständlichkeit sein
Das türkische Außenministerium hat angekündigt, die NATO offiziell um die Entsendung von Flugabwehrraketen des Typs Patriot in das Grenzgebiet zu Syrien zu bitten. Zu der daraufhin in Deutschland entstandenen Debatte über eine mögliche Stationierung von Patriot-Flugabwehrraketen der Bundeswehr in der Türkei erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff:
"Die Äußerungen von SPD und Grünen zu einer möglichen Stationierung von Patriot-Flugabwehrraketen der Bundeswehr in der Türkei sind verantwortungslos. Wer von einem völkerrechtswidrigen Eingriff in den syrischen Bürgerkrieg schwadroniert, der leitet bewusst in die Irre.
Ein solcher Einsatz der Bundeswehr im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen hätte rein defensiven Charakter und würde ausschließlich auf Bündnisgebiet erfolgen. Die syrischen Luftangriffe an der türkischen Grenze bedrohen auch die türkische Bevölkerung. Die Türkei muss nicht bis zu einer konkreten Verletzung seines Luftraums oder seiner Grenzen warten, wenn sie sich davor schützen will. Niemand kann darauf vertrauen, dass das untergehende Assad-Regime nicht auch seine SCUD-Raketen und chemische Massenvernichtungswaffen einsetzt.
Deutschland wird eine entsprechende türkische Anfrage bei der NATO bündnissoldarisch prüfen. Über vier Jahrzehnte haben unsere Bündnispartner unsere Freiheit und Sicherheit verteidigt. Wenn sich heute ein einer der Partner bedroht fühlt, muss unsere Solidarität daher eine Selbstverständlichkeit sein. Es ist erschreckend, dass SPD und Grüne keine Solidarität gegenüber unseren türkischen Bündnispartnern zeigen.
Ob ein Mandat des Deutschen Bundestags erforderlich, hängt entscheidend von den Regeln für einen Bündniseinsatz (rules of engagement) der Bundeswehr ab. Diese müssen wir abwarten. Klar ist aber, dass deutsche Soldaten sich verteidigen können müssen, wenn Sie auf Bündnisgebiet angegriffen würden."

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: http://www.cducsu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=514492" width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

CDUDie Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht.Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben.CSUWurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.